

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkshlatt

Vierteljährlicher Preis
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr. für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N: 139.

Paderborn, 20. November

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (die Anklage Waldeck's; die noch fehlenden Accessionen zum Vertrage vom 20. Sept.; Antrag des Abgeordn. Walter; die Truppen in Schleswig-Holstein; Mitglieder der Bundescommission; die zweite Kammer); Lippstadt (die 3te Secabr. v. 4ten Kurtr. Reg.); Frankfurt (Fürst v. Leiningen; Gr. h. Albrecht; Militär-Concert); Stuttgart (Einberufung des Landtags); Karlsruhe (die Reorganisation der badischen Truppen); München (die Kammer der Reichsräthe über die deutsche Frage); Kaiserlautern (Vermin- derung der Truppen in der Pfalz); Wien (die Reise des Kaisers nach Prag; Nachrichten aus Konstantinopel);
Schweiz. (Eröffnung der beiden Räte; Geschwornenwahlen).
Frankreich. (Die Bureaux der Nationalversammlung).
Italien. (Nachrichten aus Rom).
Rußland. (Dmagojische Umtriebe).
England. (Proklamation der Königin).
Vermisches.

Deutschland.

Berlin, 14. Nov. Die heutige Abendausgabe der „Nationalzeitung“ theilt die Anklage gegen Waldeck mit, die weder so umfangreich, noch so gravirend ist, als angenommen wurde. Alles kommt auf die vermeintlichen d'Esterschen Briefe an, deren Inhalt übrigens oft ins Kindische streift. — Die Berliner, die bis jetzt fast nur von der Einkommensteuer in Oestreich gelesen haben, werden bald durch eigene Erfahrungen empfinden, was es damit für eine Verwandtniß hat. Die Stadt hat ein bedeutendes Deficit, und es soll, um dasselbe zu decken, eine Einkommensteuer von 4 1/2 pCt. ausgeschrieen werden; eine für viele unerschwing- liche Steuer, weil sie, zu so vielen bestehenden hinzutretend, oft erschöpfend wirken muß.

Berlin, 15. Nov. Zu dem Vertrage vom 20. September über das Interim fehlen bis zu diesem Augenblicke noch die Accessionen von Württemberg, Hessen-Kassel, Oldenburg, der Thüringischen und der Anhaltischen Regierungen. Binnen 10 — 14 Tagen wird der Eingang der noch fehlenden Zustimmungserklärun- gen erwartet; der Zusammentritt der Bundescommission wird daher noch vor Ablauf dieses Monats erfolgen.

G. G.
Der Abgeordnete Walter hatte in der ersten Kammer den Antrag gemacht: „Die Kammer wolle beschließen, der Staats- Regierung den Vorschlag zur Erwägung vorzulegen, daß eine stehende Kommission von drei von Sr. Majestät dem Könige zu ernennenden Mitgliedern eingesetzt werde, welche, unbeschadet der den Ortsbehörden und Gemeinden für die Wohlthätigkeitspflege zustehenden Rechte und obliegenden Verpflichtungen, als Central- behörde von dem dadurch möglichen höheren Standpunkte aus für die Förderung der durch die öffentliche und Privat-Wohlthätigkeit beabsichtigten Zwecke thätig zu sein, namentlich über die Zahl und den Zustand der Armen die genauen Materialien zu sammeln, sich über die der Wohlthätigkeit gewidmeten Kräfte und Anstalten zu unterrichten, die allgemeinen und örtlichen Ursachen der Armuth, ihrer Ab- und Zunahme, mit Vergleichung der in andern Ländern vorkommenden Erscheinungen zu erforschen, die Mittel der Abhülfe in Erwägung zu ziehen, sich darüber mit den betreffenden andern Staatsbehörden in Verbindung zu setzen, die auf das Armenwesen sich beziehenden Geseze zu revidiren, und die Resultate ihrer Nach- suchungen und Erfahrungen mit den geeigneten Vorschlägen jährlich in einer der Kammer zu erstattenden Berichte zu veröffentlichen haben solle.“ — Die Kommission der ersten Kammer, an die der Antrag gewiesen, hat erforderlich erachtet, daß das Ministerium des Innern veranlaßt werde, bei dem Zusammentritt der Kammer alljährlich einen zu veröffentlichen Bericht vorzulegen, aus dem eine genaue Kenntniß der Verwaltung des Armenwesens im ganzen Staate hervorgeht, und, da hierdurch der Antrag materiell erledigt

worden, beantragt, den vorstehenden Bericht an das Ministerium des Innern zur Erledigung des gefaßten Beschlusses abzugeben.

— In betreffenden Kreisen gewinnt der Vorschlag, die preuß. Executions-Truppen aus Schleswig zurückzugeben, immer mehr Geltung. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß jene Maistreel noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen werde. So viel scheint festzustehen, daß sich das preußische Cabinet wegen der schleswig- holsteinischen Angelegenheiten in keinem Falle fernerhin in neue Feindseligkeiten gegen Dänemark einlassen werde, weil davon der Ruin der Ostsee-Provinzen zu befürchten stehe. Dagegen dürfte die preussische Besatzung in Hamburg auf etwaiges Verlangen wohl noch bedeutend verstärkt werden.

— 16. November. Württemberg hat dem Vertrage vom 30. September officiell seine Zustimmung ertheilt.

Der eben erscheinende „Staats-Anzeiger“ enthält die Ernennungen der Herren v. Radowiz und Böttcher als Mitglieder der Bundes Commission.

Die Commission der zweiten Kammer für die deutsche Angelegenheit hat in ihrem Berichte die verfassungsmäßigen Rechte in Bezug auf das Interim den Kammern vorbehalten; Angesichts der befriedigenden Erklärung der Regierung, daß sie unwandelbar an der Bildung des Bundesstaates festhalte, hat sie sich zur Zeit weiterer Erklärung über den September-Vertrag enthalten.

— Seitens der Regierung sind der 2. Kammer zwei Gesez- Entwürfe zur Beschlußnahme vorgelegt worden. Nach dem einen soll das Briefporto künftig bis auf die Entfernung von 10 Meilen 1 Sgr., von 20 Meilen 2 Sgr., auf alle weitere Entfernungen 3 Sgr. betragen. Briefe unter 1 Loth Zollgewicht werden als einfache u. s. w., von 4 bis 8 Lbth als fünffache, von 8 bis 16 Loth als sechsfache taxirt. — Nach dem andern Gesez- Entwurf soll der Staat für das Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn-Actien- Kapital im Nominalbetrage von 4,000,000 Thlr., so wie für das Ruhrort-Krefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahn-Aktien-Kapital, im Betrage von höchstens 1,500,000 Thlr. die Zins-Garantis übernehmen, und zwar zum Sage von 3 1/2 pCt.

Lippstadt. Die hier vorläufig garnisonirende 3. Escadron 4. Kürassier-Regiments wird uns in den ersten Tagen dieser Woche wieder verlassen, um nunmehr ihr Stand-Quartier Hamm zu beziehen.

Von dem Einrücken der für Lippstadt bestimmten Husaren-Schwadron verlautet vorläufig noch nichts. — Die Verwundung des Kürassiers Nerger, dessen wir in v. Nr. d. Bld. erwähnten, ist unbedeutend gewesen. Warum man das Publikum mit einer solchen Nachricht zu täuschen sucht, wird wohl seine Ursache haben.

Patriot.

Frankfurt, 14. November. Der Fürst Karl v. Leiningen, Stiefbruder der Königin Victoria von England und in die Ge- schichte des deutschen Parlaments verwebt durch die Präsidentschaft des Reichsministeriums, die er bis zur ersten Abstimmung über den Mainzer Waffenstillstand führte, später zum gesandtschaftlichen Vermittler zwischen der deutschen Reichsversammlung und Oestreich bestimmt, hat seit einigen Tagen seinen Aufenthalt in unserer Stadt genommen. Ob für eine längere Dauer scheint noch unge- wiß zu sein.

D. 3.

— Seine kaiserl. Hoheit der Erzherzog Albrecht, Gouverneur der Bundesfestung Mainz, beehrte heute Vormittag Sr. Durchlaucht den Reichsminister-Präsidenten Fürsten Wittgenstein mit einem Besuch, hielt sodann Revue über sämtliche hier garnisonirenden Truppen, und bezeugte seine Zufriedenheit über deren durchgängig treffliche Haltung den Commandirenden der verschiedenen Corps.

— 15. November. Gestern Nachmittag gab das von Mainz zur Parade herübergezogene Musikkorps des k. k. österreichischen In-